

sein Recht auf Selbstbestimmung und Befreiung zu kämpfen.“

Der „Sowetan“, die größte Schwarzen-Zeitung im Lande, sagte ähnliches vorsichtiger: „Welche (außenpolitischen) Initiativen Südafrika auch immer ergreifen mag, eine Beruhigung innerhalb des Landes kann erst kommen, wenn das Gespräch mit den schwarzen Massen aufgenommen wird.“

ENGLAND

Härtere Gangart

Premierministerin Margaret Thatcher verschärft das soziale Klima. Labour-Linksaußen Benn gewinnt eine Unterhaus-Nachwahl.

In der Sieben-Millionen-Metropole London führte ein halbtägiger Streik, zu dem die britischen Gewerkschaften für vorigen Dienstag aufgerufen hatten, zu Verkehrsstaus und bizarren Nebenwirkungen. 20 000 Behördenangestellte und Beamte zogen demonstrierend über eine Themsebrücke, während in den Hospitälern „Dienst nach Vorschrift“ praktiziert und in den Krematorien keine Leichen eingäschert wurden.

In der Nacht zum Mittwoch streikten die Männer an den Rotationsmaschinen in der Fleet Street. Das aber war vom Gewerkschaftsdachverband „Trade Union Congress“ (TUC) nicht vorgesehen, da die elf überregionalen Zeitungen der Stadt Kunde von der ersten Kraftprobe mit der konservativen Regierung Margaret Thatcher seit den Juni-Wahlen 1983 geben sollten.

In Glasgow und in Liverpool fiel der Berufsverkehr aus, weil die Doppeldeckerbusse von den Fahrern gar nicht erst aus den Depots geholt wurden. Zwischen Manchester und anderen Städten Mittelenglands reduzierten streikende Eisenbahner die Zugfolge beinahe auf Null, während in Coventry die Arbeiter der Jaguar-Automobilfabrik die Schraubenschlüssel aus der Hand legten.

Die Gewerkschafter kämpften nicht etwa um Lohnerhöhungen. Der jüngste Konflikt brach aus, als Frau Thatcher Tausende von Angestellten und Beamten ultimativ auffordern ließ, auf ein grundsätzliches Recht zu verzichten: Bis Donnerstag voriger Woche sollten sie aus ihren Gewerkschaften austreten und dafür aus der Staatskasse eine Prämie in Höhe von 1000 Pfund (etwa 3900 Mark) pro Kopf erhalten. Verweigerern drohte die Umsetzung auf andere Behördenjobs oder Entlassung.

Schauplatz des ungewöhnlichen Ansinnens, das im Thatcher-England wochenlang Schlagzeilen machte, ist das geheimdienstliche Dechiffrier- und Abhörzentrum Cheltenham, 130 Kilometer nordwestlich von London.

Dort lauschen, von Maschendrahtzäunen umgeben, gigantische Parabolantennen den Funkverkehr sowjetischer Militäreinheiten und den Telefongesprächen östlicher Regierungen. Selbst das Geschnatter von Moskaus Taxifahrern, die sich über Funk verständigen, soll von den Aluminiumschüsseln in Cheltenham empfangen werden können.

Den Klassenkampf, den sie mit dem Organisationsverbot ins Lauschzentrum getragen hat, rechtfertigte die Regierungschefin damit, die „nationale Sicherheit“ wahren zu wollen. „Ungeheuerliche Beleidigung“, reagierte TUC-Generalsekretär Len Murray auf die Unterstellung, die Gewerkschaften stellten ein

Sicherheitsrisiko dar. Murray: „Wir sind wohl die größten Patrioten hier im Land.“

Der Schimpf-Krieg eskalierte weiter, als der für Cheltenham zuständige Außenminister Sir Geoffrey Howe die geplante Verbannung gewerkschaftlich organisierter Abhörer mit längst vergessenen Streiks im Jahr 1981 begründete. Die waren nur sporadisch und dauerten im längsten Fall 24 Stunden, als einmal ein Viertel der Beschäftigten die Arbeit niederlegte. „Sollen wir glauben“, fragte das konservative Wochenblatt „Spectator“, „daß etwa ein Streik der Putzfrauen die freie Welt gefährdet?“

Geheimdienstkenner führen dagegen amerikanischen Druck für die Antigewerkschafts-Verfügung von Frau Thatcher an. Eine Abhöraußenstelle im Dorf Bude in Cornwall nämlich zeichnet angeblich auch die Gespräche auf, die über kommerzielle Satelliten zwischen Europa und den USA geführt werden. Sie werden, so heißt es, von Computern ausgewertet und nach Maryland ins Hauptquartier der amerikanischen National Security Agency (NSA) überspielt.

Als Gegenleistung liefere das US-Pendant von Cheltenham Informationen an die britischen Geheimdienste. Ein Cheltenham-Spion jedoch, der vorletztes Jahr entdeckt und zu 38 Jahren Haft verurteilt wurde, weckte Mißtrauen jenseits des Atlantiks. James Bamford, US-Horchexperte und Autor eines Buches über die NSA, vermutete: „Frau Thatcher fürchtete wohl, daß die Amerikaner mit Informationen geizen, wenn in Cheltenham die Kontrollen nicht verschärft werden.“ Und daß tendenziell sozialistische Gewerkschaften im US-Geheimdienst-Milieu verdächtig sind, ist nahelegend.



Premierministerin Margaret Thatcher
„Gefühllos und halsstarrig“



Labour-Chief Kinnoch*: „Der nette Kerl von nebenan“

* In einem Video-Clip mit Popstar Tracey Ullman.

Die Regierungschefin freilich, auf äußerste Geheimhaltung erpicht, ließ es zu einer rationalen Diskussion über das Problem gar nicht kommen. Als die Gewerkschaften von sich aus vorschlugen, auf Streiks im Abhörzentrum künftig zu verzichten, blieb Frau Thatcher hart. „Ich habe mich entschieden“, kanzelte sie in Downing Street No. 10 den TUC-Chef Murray und andere Gewerkschaftsbosse ab, „das hier führt zu nichts.“

Die Konfrontation veränderte das innenpolitische Klima des Landes. Aufgeschreckt durch die schwere Wahlniederlage der Labour Party, die im Juni 1983 nur noch von 39 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder gewählt wurde, hatten die Gewerkschaften auf ihrem Herbstkongreß zum Burgfrieden mit den Konservativen aufgerufen. Man müsse sich „neuen Realitäten“ stellen und ein „verändertes soziales und politisches Umfeld“ in Betracht ziehen.

Doch damit ist es nun wohl vorbei. Auf einer Krisensitzung beschloß die TUC-Spitze am Mittwoch vergangener Woche, die Kontakte zur Regierung einzufrieren und die Gewerkschaftsvertreter aus gemeinsamen Kommissionen wie etwa dem Nationalen Wirtschaftsrat zurückzuziehen.

Einen Generalstreik haben die Gewerkschaften für den Fall angedroht, daß tatsächlich Angestellte in Cheltenham entlassen werden, weil sie ihre Mitgliedschaft nicht aufgekündigt haben. „Es geht ums nackte Überleben“, formulierte ein Teilnehmer der TUC-Sitzung, „wenn das Beispiel Cheltenham sich wiederholt, heißt das doch, daß Gewerkschaften überflüssig sind und keinen Sinn mehr machen.“

Mit ihrer harten Linie kommt Frau Thatcher im Unterhaus allerdings leicht durch. „Eine konservative Mehrheit von 144 Sitzen“, kommentierte ein Kabinettsbeamter, „läßt die Premierministerin ruhig schlafen.“ Dennoch regte sich am Montag letzter Woche, anläßlich einer Cheltenham-Debatte im Unterhaus, Widerstand bei ihren Hinterbänkern: Ein Dutzend Tories enthielt sich der Stimme, als über den Gewerkschaftsbann entschieden wurde. Der konservative Parteifreund Sir Kenneth Lewis nannte seine Chef-in gar „gefühllos und halsstarrig“.

Beunruhigt registrieren ihre Anhänger zugleich Entwicklungen, die Kritiker zuletzt in der Vor-Falkland-Ära festgestellt hatten. Die Premierministerin regiert wie im Fall Cheltenham an ihrem Kabinett vorbei, läßt Zeichen von Selbstgefälligkeit erkennen und verläßt nur noch selten ihren Amtssitz Downing Street.

Dort, im sogenannten „Maggie-Bunker“, schrieb der liberale „Guardian“, „diskutiert sie Schlüsselfragen wie der zum Untergang verurteilte Adolf Hitler nur mit Ohrenbläsern und verstandesschwachen Ideologen“. Kein Wunder, daß ihr auf der Linken ein ernst zu nehmender Gegner erwachsen ist.

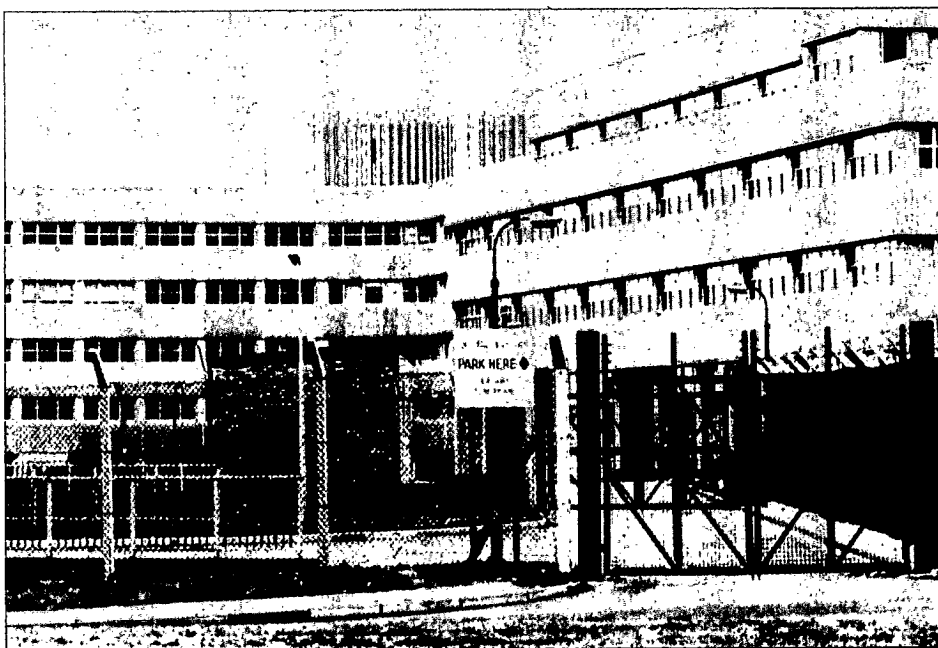
Viele Briten erwärmen sich am Charme des rothaarigen Walisers Neil G. Kinnock, 41, der als Nachfolger des spröden Literaten Michael Foot seit fast einem halben Jahr den Vorsitz der Labour Party innehat. Unbekümmerter als jeder andere britische Politiker pflegt Kinnock volksnahe Verbundenheit – zuletzt auf dem Video-Clip des Teenager-Stars Tracey Ullman, auf dem ihn Millionen Pop-Fans als schauspielernden Gast in einem Schnellimbiss erleben konnten.

Den Alten des Landes vermittelt Kinnock mit Altersheim- und Krankenhausbesuchen das Gefühl, verlässlicher Gewährsmann des Wohlfahrtsstaats zu sein. „Sein Job ist es“, erläuterte der Ex-Labour-Abgeordnete Brian Walden, „seine Partei zu verkaufen und bei den Leuten als der nette Kerl von nebenan zu gelten.“

fügte sie die Streichung von 5000 Planstellen im staatlichen Gesundheitsdienst. Sie ließ die Wohngeldzuschüsse erheblich kürzen, auf die jede vierte britische Familie angewiesen ist, und verordnete eine Beschränkung der Gemeindesteuern, die nun viele Städte zwingt, ihre Dienste zu beschneiden.

Kinnock dagegen rühmt Labour als bewahrende, eigentlich konservative Kraft, die traditionelle Industrien und den modernen Wohlfahrtsstaat erhalten will. 3000 Menschen jubelten, als er dieses Kontrastprogramm im Polytechnikum in der Provinzstadt Chesterfield entwickelte, wo er dem Traditionslinken seiner Partei, dem 58 Jahre alten Tony Benn, als Wahlkämpfer zur Hilfe kam.

Benn stellte sich am Donnerstag letzter Woche in Chesterfield einer Parlamentsnachwahl, nachdem er bei den Ju-



Abhörzentrum Cheltenham: „Gefährdet ein Putzfrauen-Streik die freie Welt?“

Politisch glückte es dem Rugby-Fan, die Labour-Partei nach ihrer schwersten Niederlage seit dem Ersten Weltkrieg rascher als erwartet aus der Isolierung herauszuführen. Kinnock warf alte Parteileitsätze wie den Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft über Bord. Parteiintern trat die schönste Eintracht ein, welche die unter Foot zerstrittene Partei seit 1979 erleben durfte.

Eine Serie von Umfragen bestätigte die Richtigkeit des neuen Kurses. Ende Februar, so ermittelte das Meinungsforschungsinstitut Marplan, lag Labour seit dem Falklandkrieg erstmals wieder vor den Tories von Frau Thatcher – vor allem auch, weil nun, wie die Demoskopen herausfanden, mehr Frauen als zu Zeiten Michael Foots die Sozialisten wählen würden.

Offenkundig profitierte Labour aber auch vom unbeliebten, kompromißlosen Sparkurs der Regierungschefin. So ver-

ni-Wahlen seinen seit über 30 Jahren angestammten Wahlbezirk in Bristol an einen unbekannten Jung-Tory verloren hatte.

Der umstrittene Ex-Lord, der 1963 auf seinen erbten Adelstitel verzichtet hatte, damit er ins politisch bedeutsame Unterhaus zurückkehren konnte, gewann klar. Von 69 000 Wahlberechtigten entschieden sich vorigen Donnerstag 24 633 für Benn.

In zweiter Position kam der liberale Kandidat Max Payne mit 18 369 Stimmen ein. Der Konservative Nicholas Bourne erreichte nur 8028 Stimmen, ein schwerer Einbruch für den Tory, der im Juni 1983 mehr als die doppelte Stimmzahl erhalten hatte.

Spottete Benn, der den Luxusliner „Queen Elizabeth 2“ als Butterschiff in die Dritte Welt entsenden möchte: „Nun wird man im Weißen Haus wohl Ronald Reagan wecken müssen.“